

Die Legende: Oberbürgermeister Konrad Adenauer

Schwarze Kassen, Selbstbedienung, Insidergeschäfte*

Am 18.9.1917 wurde der langjährige erste Beigeordnete Konrad Adenauer zum Kölner Oberbürgermeister gewählt. Zur Beruhigung des Publikums stimmte er einem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom selben Tag zu. Danach war der OB verpflichtet, alle Tantiemen an die Stadtkasse abzuliefern, wenn er „als Vertreter der Stadt zum Mitgliede des Aufsichtsrates oder Vorstandes einer Erwerbsgesellschaft bestellt werden sollte.“ Der tiefkatholische Zentrumspolitiker liess zwei Monate später den Beschluss abändern, was umso leichter fiel, da aufgrund des preussischen Dreiklassenwahlrechts im Stadtrat noch keine Sozialdemokraten oder andere unbürgerliche Mitglieder sassen. Am 23.11.1917 wurde das Gegenteil beschlossen: „... steht die hieraus aufkommende Vergütung zur freien Verfügung des Oberbürgermeisters.“ Es wurde zwar nebulös festgelegt, das Geld solle „zum Wohle der städtischen Beamten“ verwendet werden, aber für alle Fälle hiess es: „Eine Rechnungslegung findet nicht statt.“

Schwarze Kasse im Rathaus

Auf dieser Grundlage glitt der neue OB skrupellos vom Legalen zum Illegalen. Er liess das Konto „Dispositionsfonds“ einrichten. Darauf lenkte er die erheblichen Summen, die ihm von seinen Aufsichtsratsmandaten zuflossen. 14.000 Mark jährlich kamen von der Provinzial Feuerversicherung. Das schon damals mächtige Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) überwies Adenauer jährlich ebenfalls etwa 14.000 Mark, manchmal auch 19.000. Die schwarze Kasse wurde von Geschäftspartnern gelegentlich direkt aufgefüllt. So spendete Direktor Dr. Brüning von der Kölner Filiale der Deutschen Bank 30.000 Mark in den Fonds, versehen mit dem unnötigen Zusatz „zur freien Verwendung.“

Immer wieder liess Adenauer sich zwar Beträge zwischen 50 und 150 Mark aus dem Fonds auszahlen, die er dann persönlich an mehr oder weniger notleidende Beamte überbrachte. Kleine Beamte bekamen kleine Beträge, hö-

* Die Dokumente dazu befinden sich im Historischen Archiv der Stadt Köln, Bestand Oberbürgermeister Adenauer, und im Bundesarchiv Berlin, Bestand Deutsche Bank, Handakte Abs

here Beamte bekamen höhere Beträge. So wurde Bürodirektor a.D. Ernst für eine Kur im schönen St. Moritz mit 800 Mark unterstützt. Das „Wohl der Beamten“ konnte man vielleicht auch noch entdecken, wenn 75 Mark an die Polizisten Ley und Schiefer gingen, hatten sie doch während des sechswöchigen Urlaubs der Familie Adenauer im Grandhotel von Chandolin im schweizerischen Wallis 57 Nachtwachen geschoben. Aber auch Strafzettel wegen erheblicher Geschwindigkeitsüberschreitung, zu der der OB seinen Chauffeur häufig antrieb – durch Remagen etwa donnerte er einmal mit 60 Km/h, 30 waren erlaubt –, wurden aus dem Fonds beglichen.

Die meisten Beträge flossen jedoch in andere Richtungen. Rote Rosen für 100 Mark und eine venezianische Vase für 575 Mark für seinen Freund, Geheimrat Louis Hagen vom Bankhaus Sal. Oppenheim, wurden dem Dispositionsfonds ebenso entnommen wie 300 Mark an die Nähstube des Vaterländischen Frauenvereins, dem die Gräfin Schnitzler vom befreundeten Bankhaus J.H. Stein vorstand. Als Geschenk an den Papst wurde der Prachtband „Der goldene Schrein“ für 50 Mark in weisses Leder gebunden. Das Frühstück des Stiftungsrates der Johannes-Fastenrath-Stiftung im Kölner Restaurant „Bastei“ liess Adenauer ebenso aus seinem Fonds bezahlen wie das Lunch mit dem Wallstreet-Banker McKittrick im Berliner Hotel Adlon.

Der Empfängerkreis war zwischen christlichem Traditionsmilieu, Technikfetischismus und Karneval breit gefächert. Katholischer Frauenbund, Sankt-Elisabethkrankenhaus, Reichsbund der Kinderreichen und Männergesangverein Concordia wurden ebenso bedacht wie der Düsseldorfer Areo-Club, der Deutsche Motorradfahrerverband („Ehrenpreis Nürburgring“) und der ADAC. Die Spitzen des einheimischen Brauchtums durften nicht fehlen, so wurden der Karnevalsgesellschaft Rote Funken erst 25 Flaschen, dann 50 Flaschen des edlen Tropfens „Zeltinger Kirchenpfad“ angeliefert.

Besonderes Gewicht legte der Zentrumspolitiker jedoch auf die Förderung von militaristischen Vereinigungen und grossdeutschen Bestrebungen. Dabei wird nebenbei die Legende widerlegt, Adenauer sei ein „rheinischer Separatist“ gewesen. Vor allem war er, spätestens seit Mitte der 20er Jahre, ein Großdeutscher. Er stiftete zwar schon mal die Ehrenpreise für das „Rheinlandbefreiungsschiessen“ 1930 und half der Mainzer Rudergesellschaft beim Kauf eines „Befreiungsachters“. Als Vizepräsident der Deutschen Kolonialgesellschaft („Unerbittlich fordern wir Deutschlands Recht auf eigene Kolonien“), bestritt er aus der schwarzen Kasse 25 Exemplare „Deutscher Kolonialkalender“ für die Volksbüchereien der Stadt. Er nervte den Schuldezernenten Linnartz so lange, bis dieser dem Geschenk von nochmals 50 Exemplaren des Kalenders zustimmte und sie in den Schulen verteilte. Der Kölner Kreiskriegerverband und der Preussische Landeskriegerverband durften für das Kriegerdenkmal im

Hindenburgpark ebenso auf eine Gabe hoffen wie das Kürassierregiment 8, das immerhin 2000 Mark bekam.

Für die Kundgebung „Danzig bleibt deutsch“ des Vereins für das Deutschtum im Ausland floss aus dem Dispositionsfonds eine Spende wie für das Wohltätigkeitskonzert zur „Unterstützung notleidender Kolonialdeutscher in Ost- und Westafrika“. Adenauer subventionierte irredentische Auslandsvereine wie den Deutschen Schulverein Antwerpen und die Landsmannschaft Eupen-Malmedy-Monschau. Rittmeister a.D. Habermann bekam eine Spende für das „Deutsche Haus“ in Olmütz. Aus dem Fonds bezahlte Adenauer ab 1931 auch das Abonnement der „Deutschen Führerbriefe“, die von seinem Freund Paul Silverberg – IHK-Präsident und Chef der Rheinbraun AG – herausgegeben wurden und für die Beteiligung Hitlers an der Reichsregierung warben. Als früher Bewunderer Benito Mussolinis förderte er sogleich nach dem Sieg des Faschismus in Italien die Errichtung des Italienischen Kulturinstituts in Köln und bedachte es mit einer Spende aus seiner schwarzen Kasse.

Den Kreuzer „Cöln“ hatte der grossdeutsche Landschaftspfleger besonders ins Herz seines Dispositionsfonds geschlossen. Dem Marineverein Köln spendierte er die Fahrkarten zur Taufe des Kreuzers im Mai 1928 in Wilhelmshaven. Der Mannschaft liess er immer wieder nicht nur Zigarren, Zigaretten, Wein, Bücher und Schallplatten (mit Extrarationen zu Weihnachten) sowie der Schiffskapelle kostbare Noten aus dem rathausnahen Musikhaus Tonger zukommen, sondern beglückte sie auch mit Freiabonnements des Kölner Stadt-Anzeigers und der besonders nazifreundlichen „Kölner Illustrierten Zeitung“ aus dem Hause Dumont Schauberg. Dem Kommandanten bezahlte er die Rahmung eines Bildes, und für die Gattin legte er ein „Kristall-Flakon“ bei. Eine Extra-Lieferung Zigarren der Marke „Adenauer“ ging an den Matrosen, „welcher den Herrn OB auf dem Kreuzer Cöln bedient hat“.

Hatte schon all das nichts mit dem „Wohl der städtischen Beamten“ zu tun, so notierte bei so mancher Barentnahme aus dem Dispositionsfonds der Bürodirektor des OB-Vorzimmers: „1.300 Reichsmark abgehoben und dem Herrn OB ausgehändigt. Zweck ist mir unbekannt“. Die nicht ausgegebenen Summen standen dem OB ganz „zur freien Verfügung“. Die Tantiemen der restlichen, im Lauf der 20er Jahre hinzukommenden insgesamt zwölf Aufsichts- und Verwaltungsratsmandate zahlte er meist überhaupt nicht mehr in den Fonds ein, so die Tantiemen der Rheinbraun AG, der Deutschen Lufthansa, der Rhein-Main-Donau AG und der Ruhrgas AG.

„Freies Wohnen“ und sonstige Nebeneinnahmen

Eine ähnliche Schwankungsbreite zwischen legal und illegal herrschte bei Adenauers Gehalt. Es war das höchste aller Politiker im deutschen Reich. Das kam

vor allem durch die sichtbaren und unsichtbaren Nebenleistungen. Durch Aktienspekulation, Einheirat in die Familie des vorherigen OB Wallraf und durch langjähriges Beigeordnetengehalt war er so vermögend, dass er sich bereits lange vor Amtsantritt als OB in der Max-Bruch-Strasse 6 - in bester Lage, Prominentenviertel Lindenthal, direkt am Stadtwald - eine dreistöckige 14-Zimmer-Villa hatte bauen lassen. Trotzdem bestand er auf „freier Wohnung“.

Er liess sich zunächst unter anderem 20.000 Mark jährlich für „Licht und Brand“ bewilligen, womit - so die wenigen Spötter, die davon überhaupt erfuhren - nach damaligen Preisen ganz Lindenthal hätte beleuchtet und beheizt werden können. Schliesslich erhielt der kaltschnäuzige Gehaltsjäger zu seinem Grundgehalt von 36.000 Mark jährlich 5.250 Mark Orts- und Kinderzuschläge, 10.000 Mark Aufwandsentschädigung und noch sage und schreibe 43.000 Mark „Wohngeld“. Dabei wurden die Aufwandsentschädigung ebenso wie die Hälfte des Wohngelds auf seine Pension angerechnet, stellten also auch noch ein verdecktes Gehalt dar, was durch den Stadtverordnetenbeschluss über „freies Wohnen“ natürlich nicht gedeckt war. Für 43.000 Mark übrigens konnte man sich damals ein Haus mit 6 Zimmern und Grundstück kaufen, sodass sich der Kölner OB jährlich aus dem städtischen Haushalt den Gegenwert eines ordentlichen Eigenheims schenkte, und zwar 15 Mal, denn die Regelung galt bis 1933.

Darüber regten sich einige kleine Zeitungen auf. Sie waren auf verlorenem Posten. Dabei kannte das Publikum damals die Feinheiten noch gar nicht, mit denen der raffgierige Politchrist das „freie Wohnen“ auf die Spitze trieb. Neben dem üppigen „Wohngeld“ liess er sich die Rechnungen für Gas, Wasser und Strom aus der Stadtkasse noch extra ersetzen, wofür die Stadtwerke eigens Rechnungsduplikate an das OB-Zimmer zu schicken hatten. Überflüssig zu betonen, dass auch die Hausreparaturen - bis zu 15.000 Mark im Jahr - aus der Stadtkasse bezahlt wurden.

Auch sämtliche Versicherungen - Feuer/Gebäude, Haftpflicht, Diebstahl - wurden aus der Stadtkasse ersetzt. Dasselbe galt für die Grundsteuern und Hypothekenzinsen. Dasselbe galt schliesslich auch für zahlreiche Kleinigkeiten wie die Urlaubs-Reisegepäckversicherung („zu übernehmen auf Haushaltsplan Zentralverwaltung, Position 42, Sonstiges“), wobei der OB in der Police festhalten liess, dass die Versicherung auch für alle Familienangehörigen gelte, selbst „wenn diese nicht in Begleitung des Versicherungsnehmers reisen.“ Als der NSDAP-Nachfolger im OB-Amt, Dr. Riesen, im April 1933 die Reisegepäckversicherung kündigte, stellte der Provinzial-Versicherungsagent Heups, der die Versicherung mit Adenauer abgeschlossen hatte, erstaunt fest, „dass die Prämie offenbar der Stadt Köln zur Last fällt“, wovon er keine Kenntnis gehabt habe.

Wenn in der Max-Bruch-Strasse „Kanalgerüche im Herrschaftsbadezimmer“ das christliche Riechorgan störten oder wenn die Gaskesselanlage ruckelte, liess der OB die Ingenieure der Stadtwerke antanzen. Sie erstellten in ihrer Dienstzeit kostenlose Gutachten und überwachten die Reparaturarbeiten. Dasselbe galt bei der Begutachtung der Angebote für den swimming pool nebst Umkleidehaus, für das Kühlsystem des Weinkellers und für den Bau der Tennisanlage im Garten. Das fiel auch deshalb nicht auf, weil gleichzeitig die städtischen Gärtner in Adenauers grossem Garten auf Steuerzahlers Kosten das Unkraut jäteten und die Rosen pflegten.

Im Rathaus liess Adenauer durch die städtischen Beamten zahlreiche seiner persönlichen Angelegenheiten abwickeln, obwohl er zuhause vier Angestellte beschäftigte. Bürodirektor Wolfgarten bestellte für Adenauers Privatbedarf Haigs Gold Label Scotch Whisky, Kölnisches Wasser für den Urlaub, Gartenschaukeln für die Kinder. Die Beamten sichteten die einlaufenden Prospekte, wenn Madame Adenauer vor der Auswahl des hübschesten Modells für Doppelwaschtische in den Badezimmern stand („Eins A Caracalla-Marmor oder Hartsteingut?“). Auch die Bestellung von „drei Tuben der schon früher verschiedentlich bestellten Nasensalbe“ beim Apotheker Burgener im walisischen Chandolin oblag dem OB-Büro. Wenn etwa die Extra-Spezialguss-Bratpfanne aus der Schweiz im Rathaus eintraf, meldete der Bürodirektor pflichtgemäss per amtlichem Vermerk an die OB-Gattin: „Das Bronzegefäss ist eingetroffen.“

1919 und 1925 kaufte Adenauer zu den 1.864 Quadratmetern seines Grundstücks weitere 3.051 Quadratmeter an der Max-Bruch- und der angrenzenden Kitschburger Straße von der Stadt hinzu, um ein zweites Haus und einen Tennisplatz anbauen zu lassen. 1932 mahnte das städtische Liegenschaftsamt untertänigst an, dass der Restkaufpreis von 23.740 Mark – ein unter dem Marktpreis liegender Freundschaftspreis, den sich Adenauer als Vertreter des Verkäufers selbst genehmigt hatte – immer noch nicht beglichen sei. Adenauer wollte nicht zahlen, ging aber auf das Angebot ein, auf diese Schuld 6 Prozent Zinsen und 1,5 Prozent Stundungszinsen zu zahlen. Die zahlte er zwar tatsächlich an die Stadthauptkasse, interpretierte aber das „freie Wohnen“ so, dass er sich die 7,5 Prozent Zinsen umgehend aus eben derselben Stadthauptkasse zurückerstatten liess.

Schliesslich kannte das Publikum auch weitere Nebeneinkünfte des nimmersatten Selbstbedieners nicht. So rechnete er etwa für eine Sitzung des Aufsichtsrates der RWE 90 Mark Tagegeld ab. Für einen Arbeits- und Sitzungstag des Preussischen Staatsrates rechnete er 150 Mark Tagegeld ab – damit kam er beispielsweise allein im Zeitraum vom 6.5. bis 3.7.1921 auf 2.400 Mark, was dem Jahresgehalt eines kleinen Beamten entsprach. Und das natürlich alles während der Dienstzeit als überbezahlter Oberbürgermeister.

Insidergeschäfte

Zeitweise glich sein Rathaus-Vorzimmer einem Zockerbüro. „Wir machen höflichst darauf aufmerksam, dass unsere Bestände in 8%igen Goldpfandbriefen zur Neige gehen und bitten Sie, im Bedarfsfalle möglichst umgehend bei uns oder unseren Niederlassungen Offerten einzuholen“, so hiess es etwa in einem Angebot der Deutschen Bank, das im Rathaus umgehend bearbeitet werden musste. Adenauer unterhielt für seine umfangreichen Deals nicht nur zwei Girokonten bei der Städtischen Sparkasse Köln, sondern Konten und Aktiendepots bei mehreren Banken: C.G. Trinkaus (Düsseldorf), Sal. Oppenheim (Köln), Deutsche Bank (Köln) und Comes&Co (Berlin).

Die privaten Aktiendeals ihres OB waren für die städtischen Beamten so normal, dass sie ihm schon mal einen grossen Betrag aus der Stadtkasse vorstreckten. So traf am 27.1.1923 im Rathaus das Angebot („Vertraulich!“) der Deutschen Bank über den Bezug junger Aktien der Rheinbraun AG ein, bei der Adenauer im Aufsichtsrat sass. Die 40.000 Aktien kosteten 613.000 Mark, die Entscheidung musste am selben Tag getroffen werden. Der Büro-direktor fertigte eine Zahlungsanweisung an die Stadtkasse („ausserordentliche Bedürfnisse“), zwei Tage später meldete die Kämmerei der am höchsten verschuldeten deutschen Stadt Vollzug. Bemerkenswert hierbei ist auch, dass die Verwaltungsspitze der Stadt diesen Rechtsbruch mittrug – eine Überweisung dieser Grössenordnung und Dringlichkeit wurde von mehreren Spitzenbeamten unterschrieben.

Erst drei Monate später ordnete Adenauer an: „Der von der Stadthauptkasse verauslagte Betrag von 613.000 M wird dieser aus meinem Girokonto 8080 bei der Städtischen Sparkasse erstattet.“ Natürlich ohne Zinsen. Gleichzeitig wußte der christliche Politiker auf den damaligen Katholikentagen geläufig gegen „Materialismus und Mammonismus im deutschen Volke“ zu wettern und den „Schwund des Religiösen“ zu beklagen, als hätte er bei seinem heutigen Fan Josef Kardinal Meisner die Weihnachtspredigt gehört.

Den Höhepunkt erreichte der vermutlich ranghöchste deutsche Aktien-spekulant – er war nach Reichspräsident und Reichskanzler der dritte Mann im Staate – mit den Glanzstoff-Aktien. Er war befreundet mit Fritz Blüthgen, Generaldirektor der Glanzstoff AG Wuppertal. Im Gewerbegebiet Köln-Niehl, von Adenauer forciert, liess die Glanzstoff AG ein Zweigwerk für die Produktion der gerade erfundenen Kunstseide errichten. Bei einem Bankett im Rathaus, Februar 1928, berichtete Blüthgen, daß Glanzstoff zwei amerikanische Holdings gegründet habe. Ihren Aktien stehe eine glänzende Entwicklung bevor. Blüthgen verfügte über einen „Sonderfonds“ in Amsterdam. Da dem OB noch eine Million Reichsmark zu den notwendigen 2,8 Millionen für 7.000 Stück fehlten, sprang Anton Brüning von der Deutschen Bank ein, in

deren Aufsichtsrat der Kölner OB gerade eingerückt war. Brüning gewährte ihm einen Kredit über 1,18 Millionen, und Adenauer kam über Blüthgens schwarzen Topf an die 7.000 Aktien, zum Insider-Vorzugspreis.

Wie es sich für ein ordentliches Insidergeschäft gehört, handelte auch Brüning nicht uneigennützig. Er hoffte darauf, der überschuldeten Stadt weitere Kredite für Adenauers Renommierprojekte wie die Mülheimer Hängebrücke anzudrehen. Mit diesem Projekt erhoffte wiederum der OB, seine im November 1929 anstehende Wiederwahl abzusichern.

Doch es kam anders als erwartet. Der Aktienkurs stürzte von 99 auf 25 Dollar ab – Börsencrash in New York. Die Bank drängte auf Rückzahlung des Kredits. Adenauer wollte nicht zahlen. Er wollte aber auch angesichts der anstehenden Wahl keinen öffentlichen Skandal um seine Aktienspekulation. Auch die Deutsche Bank wollte keinen Skandal, sondern die Wiederwahl ihres ergiebigen Schuldners. Da die Deutsche Bank Hauptaktionär der Glanzstoff AG war und den Aufsichtsratsvorsitzenden stellte, griff Freund Blüthgen wieder in seinen schwarzen Topf. Er füllte das Depot des Oberbürgermeisters bei der Kölner Filiale der Deutschen Bank mit Aktien im Wert von 1,14 Millionen Mark auf. Dies geschah „leihweise“, wie es hieß. Der Skandal war vermieden, die Wiederwahl zum Oberbürgermeister ging über die Bühne.

Dieser Fall zeigt auch, dass Adenauer seine Insidergeschäfte nicht nebenbei erledigen liess, sondern seine Dienstzeit und sein öffentliches Personal dafür nutzte. Er schickte seinem Freund Blüthgen Ende 1928 nach New York, per Adresse Ritz Carlton Hotel, aus dem Rathaus folgendes Telegramm: „Umtausch schwierig. Bitte mich möglichst bei Neuausgabe zu beteiligen. Gruss Adenauer“. Der Kölner Oberbürgermeister hatte verfolgt, dass die Aktien der beiden US-amerikanischen Glanzstoff-Aktien sich unterschiedlich entwickelt hatten und wollte zwischen ihnen tauschen. Obwohl Glanzstoff-Direktor Blüthgen dafür in keiner Weise zuständig war, wurde er vom Kölner OB immer wieder gedrängt, seine Stellung für dessen private Aktiengeschäfte zu nutzen.

Die Insider hielten auch nach 1933 dicht. 1942 aber wurde es brenzlig: Bei der Glanzstoff-Hauptversammlung trat der Aktionär Dr. Kübel auf. Er verlangte, daß Adenauer die leihweise überlassenen Aktien zurückgebe, zumal es sich um eine Bestechung gehandelt habe. Da die Sache publik zu werden drohte, wandte sich Adenauer an Hermann Josef Abs in Berlin. Der war inzwischen Vorstandsmitglied der Deutschen Bank und Aufsichtsratsvorsitzender von Glanzstoff.

Adenauer liess den Hauptmann Schliebusch bei Abs vorstellig werden. Schliebusch war mit dem ehemaligen Kölner OB vertraut, war er doch Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ aus dem mit bürgerlichen Wertvorstellungen

gut vertrauten Haus Dumont gewesen und hatte zu Adenauers Geldmanipulationen immer brav nichts geschrieben. Schliebusch, nun im Oberkommando der Wehrmacht tätig, überreichte ein Memorandum, in dem Adenauer darlegte, es habe sich zwar um eine Leihgabe gehandelt. Da aber nicht ausdrücklich vereinbart worden sei, dass die geliehenen Aktien auch zurückgegeben werden müssten, „war es augenscheinlich Wille der Parteien, daß ich nichts zurückzugeben brauchte.“

Auch die NS-Regierung hielt schützend ihre Hand über den „Widerstandskämpfer“. Durch eine geheime Anweisung wurde den Medien befohlen, „Ausführungen eines Dr. Kübel über zurückliegende interne Vorgänge im Konzern der Glanzstoff-Fabriken nicht zu veröffentlichen.“ Adenauer durfte die Aktien behalten. Abs wurde zum wichtigsten Finanzberater des späteren Bundeskanzlers und ersten CDU-Vorsitzenden.

Selbstbereicherung, Staatsverschuldung, Christentum

Die Insidergeschäfte Adenauers sind in den zahl- und umfangreichen Biografien bisher nur am Rande und nie vollständig dargestellt worden. Das könnte erstaunen. Denn beim Kauf der 7.000 Glanzstoff-Aktien für 2,8 Millionen Reichsmark setzte er fast sein gesamtes Vermögen ein. Das waren nach heutigen Werten über 15 Millionen Euro. Er war also schon vielfacher Millionär, hatte ein solches Geschäft „eigentlich nicht nötig“. Darüberhinaus ist zu fragen, warum jemand, der sich als besonders wirtschaftskompetent begriff und auch heute noch so bewundert wird, sich auf eine solche Spekulation einliess.

Schließlich zog sich die Auseinandersetzung um Kreditrückzahlung, Entschädigungsforderungen usw. über zwei Jahrzehnte hin und war auch 1945 nicht beendet. Korrespondenz, Eingaben, Gutachten usw. füllen zahlreiche Aktenbände und waren Chefsache im Vorstand der Deutschen Bank und der Glanzstoff AG. Trotzdem herrscht allgemeines Schweigen. Auch die schwarze Kasse und die Selbstbedienung aus dem Stadthaushalt wurden bisher in den Biografien überhaupt nicht erwähnt (mit Ausnahme des Wohngeldes und der Aufwandsentschädigung).

Auch seine gerühmten kommunalpolitischen Glanzprojekte trugen ähnliche Merkmale wie der Insiderdeal. Auch sie waren nicht von betriebswirtschaftlicher Rationalität, finanzieller Seriosität und sozialer Verantwortung geprägt, sondern von politischer und finanzieller Spekulation. Im grossen Stil gab Adenauer im Namen der Stadt Kommunalobligationen in den USA aus – sie wurden nie zurückgezahlt. Sein eigenes Wohl und das seines großbürgerlichen Klientels stand über allem. Die beiden Renommierprojekte „Mülheimer Hängebrücke“ und „Neubau der Universität“ waren so terminiert, dass sie

genau zum Ende seiner ersten zwölfjährigen Amtszeit 1929 fertig werden sollten, um ihm die Wiederwahl zu sichern. Gleichzeitig glich die Finanzierung einem Vabanque-Spiel mit erheblicher krimineller Energie.

Statt der billigeren Sanierung der alten Universitätsgebäude wollte Adenauer den Neubau. Damit glaubte er glänzen zu können, jedenfalls in seinem Milieu. Die Stadtverordnetenversammlung wollte den teuren Neubau angesichts der hohen städtischen Verschuldung nicht genehmigen, auch deshalb nicht, weil dann alle Mittel des Bildungshaushalts auf die Universität konzentriert worden wären, während die Volksschulen verwahrlosten. Adenauer liess sich am Tag der Abstimmung durch seinen Freund Brüning, den Direktor der Deutschen Bank Köln, eine Kreditzusage über 10 Millionen RM für den Universitätsneubau ins Rathaus schicken. Mit diesem bestellten Brief trat der Schuldner der Deutschen Bank vor die Stadtverordneten, die auf dieser überraschenden „Grundlage“ dem Neubau zustimmten. Die Kreditzusage war jedoch eine Lüge, der Kredit wurde nie gewährt.

Adenauer war Vorsitzender des Verwaltungsrates der Rheinischen Landesbank. Unterstützt wurde er von Bankier Louis Hagen, den er in den Verwaltungsrat geholt hatte. 1931 mußte die Bank ihre Zahlungsunfähigkeit erklären und wurde geschlossen. Sie hatte nicht nur überproportional viele Kredite an die Stadt Köln vergeben, sondern auch unseriösen Praktiken zugunsten des Kölner Stadthaushalts zugestimmt. Ähnlich handelte Adenauer mithilfe seines politischen Einflusses etwa beim damals vielberedeten 10-Millionen-Kredit der Zentralgenossenschaftsbank „Preussenkasse“. Dieser angebliche „Überbrückungskredit“ für die Stadt Köln hätte von der Preussenkasse nicht vergeben werden dürfen und wurde nicht zurückgezahlt. Adenauer hielt diese abenteuerliche Konstruktion in der Schwebe, bis er, nicht nur in dieser Angelegenheit, durch den Regierungsantritt der NSDAP buchstäblich „gerettet“ wurde.

Auch als der Millionenverlust aus dem Insiderdeal feststand, wollte Adenauer keine Fehler bei sich erkennen. Er bereute nichts. Vielmehr beschuldigte er andere, ihn betrogen und falsch beraten zu haben. Wie sein politischer Enkel Helmut Kohl stellte Adenauer sich als Opfer dar, er spielte die verkörperte Unschuld. Dieses Schema wandte er auch auf die Gesellschaft insgesamt an. 1946 erklärte er im Hinblick auf die Weimarer Republik: „Die grossen äußeren Erfolge, die schnell zunehmende Industrialisierung, die Zusammenballung grosser Menschenmassen in den Städten und ihre damit verbundene Entwurzelung machten den Weg frei für das verheerende Umsichgreifen der materialistischen Weltanschauung im deutschen Volk.“ Er hätte sich mit der materialistischen Weltanschauung selbst charakterisieren können. Das tat er nicht. Vielmehr klagte er den Nationalsozialismus als Verkörperung dieser materialistischen Weltanschauung an.

Für Adenauer entfalteten die ideologischen und religiösen Bindungen, die er für sich als christlicher Politiker und Verfechter des Rechtsstaates reklamier- te, keine Hemmungswirkung gegenüber gesetzwidriger Selbstbereicherung. Damit war er freilich nicht alleine. Vielmehr hatten katholische Theologie und Vatikan die Freibriefe ausgestellt. Papst Leo XIII. hatte in der Enzyklika „Rerum Novarum“ („Über die neuen Dinge“) das moderne kapitalistische Privateigen- tum ebenso wie das Lohnarbeitsverhältnis mit der christlichen Liebe und Gerechtigkeit als vereinbar erklärt. Kritische Stimmen wurden aus der katholi- schen Lehre verbannt. Das Erzbistum Köln zog 1927 mit seinen „Richtlinien zur sozialen Verständigung“ nach: Die Betätigung in der kapitalistischen Wirt- schaft wurde den Gläubigen schlechterdings freigegeben, als gottgewollt und tugendgemäss bezeichnet.

Schliesslich veröffentlichte der später in der CDU massgebliche Theoreti- ker der sozialen Marktwirtschaft, der Jesuit Oswald von Nell-Breuning, im Adenauerschen Insider-Spekulationsjahr 1928 seine Schrift „Grundzüge der Börsenmoral“. Er bezeichnete zwar die Börse als „Gelegenheit zur schweren Sünde“, hielt aber „gegenüber romantisierenden Neigungen gewisser Kreise im katholischen Lager“ daran fest, dass eine „positive Börsenmoral“ möglich sei. Wie sie aussehen konnte, hat sein Förderer und Freund Konrad Adenauer vorgelebt.

„Er wurde uns von Gott geschenkt ...“ Briefwechsel mit Erzbischof Meisner

Zum 125. Geburtstag des CDU-Gründungsvaters am 5. Januar 2001 fand sich in der Sondersitzung des Kölner Stadtrates auch die CDU-Bundes- und Landes- prominenz ein und versammelte sich um die Adenauer-Familie und den Köl- ner Weihbischof Manfred Melzer, der im violetten Ornat sich auf eines der Ratsherrenstühlchen zwängte. Alfred Freiherr von Oppenheim, bei dessen Bank der Jubilar nach 1945 die schwarzen CDU-Konten führte, faltete im Hintergrund zufrieden seine Hände über der Seidenbrust. Ein Enkel namens Konrad Adenauer zählte in der Festrede unverblümt die zahlreichen Verwand- ten auf, die sein Grossvater in die Stadtverwaltung einschleuste, so den Schwa- ger Willi Suth als Kämmerer, Nichte Hanna als Stadtkonservatorin und die verschwägerten Beigeordneten Greven und Berndorff. Die Versammlung grin- ste bei der Bemerkung, dass „Fremde“ sowas „als Klüngel“ bezeichnen, und spendete lachend selbstgefälligen Beifall.

„Wir danken heute Gott, daß er uns Konrad Adenauer geschenkt hat“, predigte anschliessend Erzbischof Joachim Kardinal Meisner beim Pontifikal- amt im Dom. Enkel Konrad durfte hier aus dem 1. Johannesbrief vorlesen:

„Meine Brüder! Wenn einer Vermögen hat und nicht mit seinem armen Bruder teilt...“ Dabei wird er in seiner Verzückerung kaum daran gedacht haben, dass Anfang der 30er Jahre Kölner Arbeitslose in der Max-Bruch-Strasse vor dem Anwesen ihres reichen Oberbürgermeisters immer wieder um Brot bettelten, erfolglos, und dass Adenauer antichristlich den Polizeipräsidenten zur Entfernung der armen Brüder aufforderte.

Ich führte daraufhin mit dem Erzbischof einen Briefwechsel. Ich darf ihn leider nur zitatweise wiedergeben. Der Hirte Adenauers hat mir, nachdem ich ihn informierte, dass ich den Briefwechsel dem Urteil des Publikums unterbreiten wolle, dies untersagt. Briefe seien nämlich eine Form der „bilateralen Kommunikation“, die „an sich“ nicht den Charakter einer öffentlichen Auseinandersetzung habe. So liess es der katholische Oberhirte durch seinen Kaplan Dominik Schwaderlapp ausrichten, gewiss geleitet von nichts als der Wahrheitsliebe. So darf ich, weltlich gesetzestreu, nur einige Zitate aus unserer „bilateralen Kommunikation“ wiedergeben.

Ich erinnerte im ersten Brief an Meisners Pontifikalpredigt. „Sie hatten“, sprach ich den Bischof der nach Chicago zweitreichsten Diözese des bisher bekannten Weltalls an, „auch vermerkt, dass ein Volk sich glücklich preisen kann, das von einem Kanzler regiert wird, über dessen Bett, wie in Adenauers Schlafzimmer, das Jesus-Kreuz hängt.“ Ich informierte den Erzbischof über einige Untaten seines Schäfchens aus der Zeit als Oberbürgermeister der Domstadt, fragte, ob er über andere historische Daten verfüge oder meine Darstellung anzweifle, fragte schliesslich: „Halten Sie an der Gotteslästerung vom Gottesgeschenk Adenauers fest?“

Kaplan Dominik Schwaderlapp vom Sekretariat des Erzbischofs stellte im Auftrag des Kardinals „zunächst grundsätzlich“ fest, „dass jeder Mensch ein Sünder ist, Konrad Adenauer nicht ausgenommen“. Auf die Frage, ob der Erzbischof andere Erkenntnisse über sein Schäfchen habe oder meine Erkenntnisse anzweifle, ging er nicht ein. Von Sünde hatte ich übrigens nicht gesprochen, ganz unabhängig davon, dass nach Adenauerscher Beichttafel und katholischem Katechismus Selbstbereicherung, Insidergeschäfte und die Haltung schwarzer Kassen, aber auch etwa Korruption im engeren Sinne immer noch nicht zum kirchlichen Sündenregister zählen.

Aber Erzbischof/Schwaderlapp redeten ungefragt weiter von Sünden. „Doch wo und wann er sündhaft gehandelt hat, das möge Gott, den wir als Richter der Lebenden und Toten bekennen, beurteilen.“ Die heilige Messe, wie die für Adenauer im Dom, habe ja den Sinn, so die bilateralen Kommunikanten, für die Verstorbenen zu beten, damit Gott das Gute ihres Lebens annehme und das Sündhafte verzeihe. Dann fuhren sie fort: „Bei allem, was es an dunklen

Punkten im Leben Adenauers gegeben haben mag, so können doch darüber hinaus nicht seine objektiven Verdienste vergessen werden.“

Erzbischof/Schwaderlapp hatten ja vorgebracht, dass nur Gott Gutes und Böses beurteilen könne. Nun kamen sie plötzlich mit „objektiven Verdiensten“, die sie frech zu beurteilen sich herausnahmen. Sollten sie damit etwa die Kursgewinne ihres ebenso sündigen wie erfolgreichen Schäfchens meinen? Sie liessen das vollständig im Dunkeln, meinten aber gewiss, deutlich genug geworden zu sein. Mit „objektiven Verdiensten“ meinten sie wahrscheinlich die Bundesrepublik Deutschland oder den Kölner Grüngürtel oder so was. Sie kamen zum Schluss: „Und da diese Verdienste Adenauers nicht ohne Gottes Hilfe zu denken sind, ist es durchaus keine ‚Gotteslästerung‘, ihn als Geschenk Gottes zu bezeichnen.“

Ich gab mich damit nicht zufrieden. „Aus der kirchlichen Lehre“, schrieb ich dem Erzbischof zurück, „auch aus dem früher selbst erlittenen Religionsunterricht, der allerdings einer gewissen spielerischen, freilich auch trügerischen Heiterkeit nicht entbehrte, kenne ich die Auffassung, dass der Mensch sich in diesem Leben bewähren müsse, dass er am Ende beurteilt werde und auch scheitern könne, also katholisch gesprochen, nicht in den Himmel, sondern in die Hölle komme. Ich kann mich auch erinnern, dass es etwas gibt, das zwischen beidem liegt, das Fegefeuer, das für diejenigen bestimmt ist, deren Scheitern mildernde Umstände zugebilligt werden.“ Ob Adenauer vielleicht im Fegefeuer sei, fragte ich? Wie komme es, dass der Erzbischof die Sünden dieses seines Schäfchens nicht beurteilen könne, die „objektiven Verdienste“ aber doch? Und wie stehe es mit den „Sünden“ Adolf Hitlers? Würden auch sie vergeben, während dessen „objektive Verdienste“ um die Autobahnen und um das Konkordat mit der katholischen Kirche wohl anerkannt würden? Wenn man, fragte ich weiter, die wirtschaftskriminellen Praktiken von christlichen Unternehmern und Politikern als Sünden und als menschlich nicht beurteilbar ansehe, dann könne man doch nie etwas gegen Korruption tun? Besage denn das Neue Testament nicht etwas anderes? Ich erwartete nun, mahnte ich, eine genaue Antwort und beendete meinen Brief an den mit dem Gehalt eines Bundeswehrgenerals beamtenmässig ausgehaltenen Gottesdiener: „Mit Grüßen im Namen von Wahrheit und Demokratie“.

Für die Abfassung seiner Antwort in unserer nun vollends multilateralen Kommunikation beauftragte der Ausgehaltene nicht mehr seinen bewährten Sekretär Schwaderlapp, sondern einen seiner leibhaftigen Doktores der Theologie, der dem „Referat für Glaubensfragen und Ökumene“ vorsteht. Würde der Kirchengeneral nun also eine theologisch differenzierte Antwort schicken? Das Wesentliche habe mir Kaplan Schwaderlapp ja bereits geschrieben, schrieb Dr. Raimund Lülldorff. Er legte dann doch theologisch nach, ein bisschen.

aus unerklärten Gründen, wiederholend, dass die Kirche nicht die Aufgabe habe, die Schwächen der Menschen ans Licht zu zerren, sondern sie in Gottes Hand zu legen, der „gerecht und barmherzig zugleich“ sei. „Die Kirche tendiert zu dieser Sichtweise, und zwar nicht zuletzt im Blick auf das Neue Testament, wo die Erlösung, die Christus uns erworben hat, geradezu definiert wird als ‚Vergebung der Sünden‘ (Lk 1,77; Eph 1,7; Kol 1,14 u.a.)“.

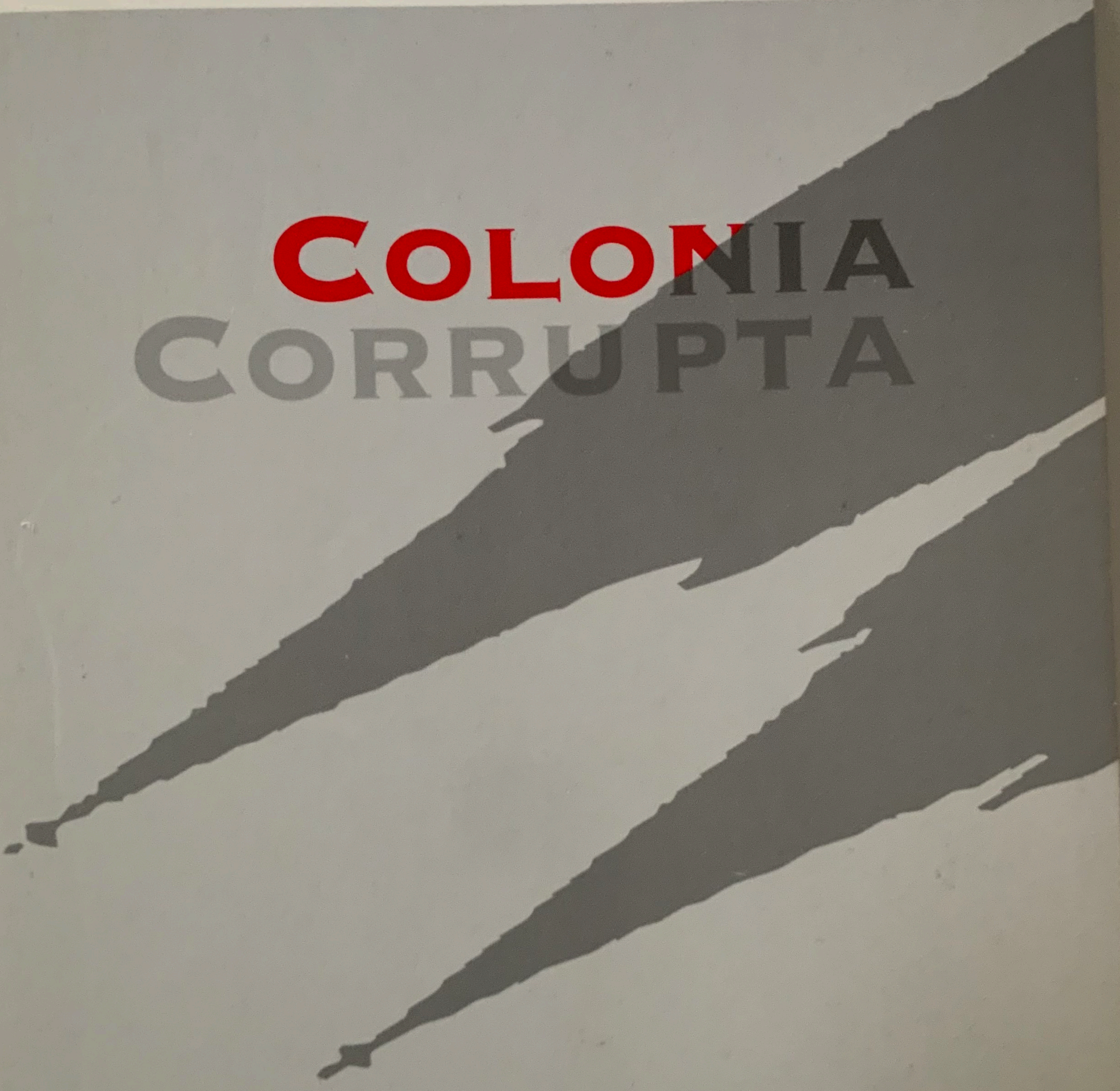
Erzbischof/Lülsdorff steuerten auf das Ende zu und nahmen theologisch brüchig meine Argumentation auf: „Sollte es Ihnen wirklich um Wahrheit und Demokratie gehen, dann schlage ich vor, dass Sie sich an die Meinung der Fachwissenschaftler wie auch des demokratisch verfassten Volkes halten.“ Wahrheit und Demokratie? Seit wann beriefen sie sich darauf? Und auf die Meinung der Fachwissenschaftler? Da gibt es bekanntlich solche und andere. Erzbischof/Lülsdorff kannten offensichtlich nur solche oder nur andere. Welche meinten sie? Aber vor allem diese theologische Neuschöpfung: „demokratisch verfasstes Volk“! Was war das für ein bisher unbekanntes Wesen? Von so einem Geschwulst hatte doch nicht einmal ihr sündiger Adenauer gefaselt?

Doktor Lülsdorff kam auftragsgemäss zum unbarmherzigen Schluss: „Den Versuch, unseren Erzbischof zu abfälligen Bemerkungen über Adenauer zu drängen, halte ich jedenfalls für fruchtlos. Insofern betrachte ich unseren Briefwechsel hiermit als beendet.“ Diesmal ohne Segenswünsche entliess mich das Referat für Glaubensfragen und Ökumene weltlich „mit freundlichen Grüßen“.

Abfällige Bemerkungen über Adenauer hatte ich doch gar nicht gewollt. Ich bin doch kein Kritiker, sondern ich will die Wahrheit. Aber fruchtlos, der Briefwechsel war beendet. Damit er vollständig dem wie auch immer gearteten Weltgericht vorgelegt werden kann, werde ich Kopien dem Vatikan-Archiv in Rom ebenso übergeben wie dem Archiv der Internationalen Vereinigung Antonio Gramsci in New York. Denn wer weiss, was der nach eigenem Einverständnis sündige Kölner Erzbischof mit unserem Briefwechsel vorhat und wie voreilig sein kölscher Privatgott ihm dann verzeiht?

Werner Rügemer

COLONIA CORRUPTA



Globalisierung, Privatisierung
und Korruption im Schatten
des Kölner Klüngels

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT